

52. Sitzung

Potsdam, Mittwoch, 21. März 2012

Inhalt

	Seite		Seite
Mitteilungen des Präsidenten	4262	2. Fragestunde	
1. Erklärung des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg für die Regierung zur Energiestrategie 2030 gemäß § 31 der Geschäftsordnung des Landtages		Drucksache 5/4916 (Neudruck)	4289
<u>in Verbindung damit:</u>		Frage 900 (Erwerb von Landeswald) Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger	4289
Energiestrategie 2030 (gemäß Beschluss des Landtages Brandenburg „Programm für die Fortschreibung der Strategien für Klimaschutz und Energie des Landes Brandenburg“ vom 25.03.2010 - Drs. 5/625-B)		Frage 901 (Landeshilfen für Odersun) und Frage 902 (Beihilfen für das Unternehmen Odersun) Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten Christoffers	4290
Bericht der Landesregierung		Frage 903 (Abstandsregelungen für Windkraftanlagen) Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger	4292
Drucksache 5/4864		Frage 904 (Europäischer Fiskalvertrag) Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten Christoffers	4292
und		Frage 905 (Deichrückverlegungen an der Schwarzen Elster) Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack	4293
Energiestrategie 2030 - Katalog der strategischen Maßnahmen (gemäß Beschluss des Landtages Brandenburg „Programm für die Fortschreibung der Strategien für Klimaschutz und Energie des Landes Brandenburg“ vom 25.03.2010 - Drs. 5/625-B)		Frage 906 (Auswirkungen des KMK-Beschlusses zum Zentralabitur) Ministerin für Bildung, Jugend und Sport Dr. Münch.	4294
Bericht der Landesregierung		Frage 907 (Tarifbindung für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes) Minister des Innern Dr. Woidke	4295
Drucksache 5/4865	4262	Frage 908 (Entwässerungsprojekte im Oderbruch) Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack	4295
Ministerpräsident Platzeck	4263		
Frau Dr. Ludwig (CDU)	4267		
Holzschuher (SPD)	4271		
Büttner (FDP)	4274		
Frau Kaiser (DIE LINKE)	4279		
Vogel (GRÜNE/B90)	4284		

	Seite		Seite
Frage 909 (Bürgerinitiativen gegen Bahnlärm) Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger	4297	Gesetzentwurf der Landesregierung	
		Drucksache 5/4859	
Frage 910 (Freigabe bzw. Sperrung von Bergbau- folgeflächen) Minister für Wirtschaft und Europaangelegen- heiten Christoffers	4297	<u>1. Lesung</u>	4299
		6. Zweites Gesetz zur Änderung des Branden- burgischen Landespressegesetzes	
Frage 911 (Umweltbelastung durch das Mülllager in Neuendorf [Amt Niemeck]) Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Ver- braucherschutz Tack	4298	Gesetzentwurf der Landesregierung	
		Drucksache 5/4853	
3. Gesetz zu dem Zweiten Abkommen zur Ände- rung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimit- teln und Medizinprodukten		<u>1. Lesung</u>	4300
Gesetzentwurf der Landesregierung		7. Viertes Gesetz zur Änderung des Landesrech- nungshofgesetzes	
Drucksache 5/4617		Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
<u>2. Lesung</u>		Drucksache 5/4902	
Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses		<u>1. Lesung</u>	4300
Drucksache 5/4925	4299	Vogel (GRÜNE/B90)	4300
		Ziel (SPD)	4301
4. Gesetz zu dem Abkommen vom 15. Dezember 2011 zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts		Burkardt (CDU)	4302
Gesetzentwurf der Landesregierung		Frau Mächtig (DIE LINKE)	4303
Drucksache 5/4679		Frau Vogdt (FDP)	4304
<u>2. Lesung</u>		Vogel (GRÜNE/B90)	4304
Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses		8. Zwölftes Gesetz zur Änderung des Abgeordne- tengesetzes	
Drucksache 5/4926	4299	Gesetzentwurf von fünf Abgeordneten	
		Drucksache 5/4952	
5. Gesetz zur Durchführung des Kapitels III der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über die Vorschriften für die Akkreditierung und Marktüberwachung im Zusammenhang mit der Vermarktung von Produkten und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 339/93 des Rates für Bauprodukte, zur Änderung des Brandenburgi- schen Besoldungsgesetzes, zur Änderung des Brandenburgischen Sozialberufsgesetzes und zur Änderung der Kita-Personalverordnung		<u>1. Lesung</u>	4305
		Bischoff (SPD)	4305
		9. Fortschrittsbericht über die Zusammenarbeit zwischen den Ländern Brandenburg und Berlin sowie die weitere Zusammenlegung von Behör- den und Sonderbehörden	
		Bericht der Landesregierung	
		Drucksache 5/4860	4306
		Chef der Staatskanzlei Staatssekretär Gerber. . .	4306
		Frau Richstein (CDU)	4306
		Bischoff (SPD)	4307
		Büttner (FDP)	4308
		Frau Kaiser (DIE LINKE)	4309

	Seite		Seite
Frau von Halem (GRÜNE/B90)	4310	Drucksache 5/4909	
Staatssekretär Gerber	4311		
10. Bericht zur Evaluierung der Kommunalverfassung für das Land Brandenburg		Entschließungsantrag der Fraktion der CDU	
Bericht der Landesregierung		Drucksache 5/4959	4323
Drucksache 5/4747 einschließlich Anlagen	4312	Domres (DIE LINKE)	4323
Minister des Innern Dr. Woidke	4312	Frau Richstein (CDU)	4324
Wichmann (CDU)	4313	Frau Hackenschmidt (SPD)	4325
Richter (SPD)	4314	Lipsdorf (FDP)	4325
Goetz (FDP)	4315	Frau Niels (GRÜNE/B90)	4326
Ludwig (DIE LINKE)	4316	Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten Christoffers	4327
Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90)	4317	Dr. Bernig (DIE LINKE)	4328
11. Stärkung der Wachstumskräfte durch räumliche und sektorale Fokussierung von Landesmitteln - Stärkung der Regionalen Wachstumskerne		14. Verantwortungsvolle Vorsorge für Beamtenpensionen: Sicherheit der Anlagen muss oberste Priorität haben	
Bericht der Landesregierung		Antrag der Fraktion der CDU	
Drucksache 5/4903	4318	Drucksache 5/4913	
Chef der Staatskanzlei Staatssekretär Gerber	4318	Entschließungsantrag der Fraktion der SPD der Fraktion DIE LINKE	
Homeyer (CDU)	4318	Drucksache 5/4963	4329
Pohl (SPD)	4319	Burkardt (CDU)	4329
Tomczak (FDP)	4320	Frau Geywitz (SPD)	4330
Domres (DIE LINKE)	4321	Frau Vogdt (FDP)	4331
Vogel (GRÜNE/B90)	4321	Görke (DIE LINKE)	4332
12. Charakteristische Namenszusätze auf Ortschildern zulassen		Vogel (GRÜNE/B90)	4332
Antrag der Fraktion der FDP		Minister der Finanzen Dr. Markov	4333
Drucksache 5/4758		Burkardt (CDU)	4334
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres		Minister Dr. Markov	4335
Drucksache 5/4904	4322	Anlagen	
13. Fonds der Europäischen Union - auch in der Förderperiode 2014 - 2020 Grundlage einer nachhaltigen Entwicklung Brandenburgs!		Gefasste Beschlüsse	4336
Antrag der Fraktion der SPD der Fraktion DIE LINKE		Anwesenheitsliste vormittags	4339
		Anwesenheitsliste nachmittags	4339

Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind vom Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Es geht weiter mit **Frage 909** (Bürgerinitiativen gegen Bahnlärm), gestellt durch die Abgeordnete Wehlan, Fraktion DIE LINKE.

Frau Wehlan (DIE LINKE):

Seit geraumer Zeit setzen sich Bürgerinitiativen entlang der Görlitzer Bahn gegen Mehrfachbelastungen durch Schienen-, Flug- und Straßenverkehrslärm ein. Verkehrslärmarten werden bekanntlich separat gemessen, demnach entstehen real sogenannte Lärmknoten. Die Betroffenen fordern deshalb von der Deutschen Bahn eine höhere Priorität der Schallschutzmaßnahmen entlang der Görlitzer Bahn zum und vom Flughafen Berlin-Brandenburg.

Die Landesregierung unterstützt diesen Prozess. Deshalb frage ich sie: Wie bewertet sie diesen Sachverhalt, vor allem aus der Sicht der Deutschen Bahn und des Bundesverkehrsministeriums bezüglich der wirksamen Maßnahmen, um die vom Schienenlärm betroffenen Bürgerinnen und Bürger entlang der Görlitzer Bahn - speziell an den Lärmknoten - zu unterstützen und ihnen mit umfassenden Schallschutzmaßnahmen zu helfen?

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Wehlan. - Für das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft antwortet Herr Minister Vogelsänger.

Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Abgeordnete Wehlan, ich möchte eine Vorbemerkung machen: Wir alle setzen uns dafür ein, dass Transporte möglichst auf der Schiene stattfinden. Das ist auch richtig so, denn Transporte auf der Straße sorgen auch für eine entsprechende Belastung.

Die Mittel für die Lärmsanierung an Bundesschienenwegen sind nicht ausreichend. Es gibt ein Schreiben des Bundesministeriums an die Bürgerinitiative und die Bürgermeister mit einer Einordnung in entsprechende Kategorien. Es ist leider so, dass es keine ganzheitliche Betrachtung gibt. Dazu müsste man auch mit dem Bundesgesetzgeber einen entsprechenden Dialog führen. Denn Sie haben Recht: Nicht nur in diesem Bereich kommen mehrere Belastungen zusammen. Ich bekomme auch Post von Bundestagsabgeordneten, nicht nur von Landtagsabgeordneten, zur Lärmsanierung an Bundesschienenwegen. Zumindest eines kann ich dann immer wieder zurückschreiben: Das Beste wäre es, wenn die Mittel entsprechend erhöht würden, denn das Problem, das wir an der Görlitzer, der Dresdener und der Frankfurter Bahn haben, haben wir auch bundesweit. Das Thema Lärm wird uns auch in diesem Bereich immer stärker beschäftigen.

Ich habe ein Gespräch mit Herrn Dr. Grube, auch zu der Problematik Lärm an Schienenwegen, geführt. - Wir haben heute eine sehr engagierte Diskussion zum Energiekonzept, zur Energiestrategie der Landesregierung erlebt. Ich hoffe, dass wir trotz der überstürzten Reduzierung der Mittel für den Solarbereich durch den Bund das vorbildliche Pilotprojekt an der Bundesautobahn 10, wo wir Lärmschutz mit Solarnutzung verbinden, noch realisieren können, auch unter den jetzigen Rahmenbedingungen.

Ich habe mit dem Bahnchef, Herrn Dr. Grube, vereinbart: Wenn es realisiert wird, sprechen wir auch darüber, ob eine Möglichkeit besteht, solche Projekte an Schienenwegen realisieren zu können. Ich kann es noch nicht versprechen, aber es ist zumindest ein Weg, dass wir gegebenenfalls mehr Mittel für diesen wichtigen Bereich zur Verfügung stellen. Es betrifft das Flugzeug genauso wie die Schiene, das Auto und den Lkw. Wir müssen mehr Druck machen, damit der Lärm an der Quelle bekämpft wird. Bei Schienenwegen ist insbesondere der Güterzug die Lärmquelle. Dort müssen wir - auch europaweit - mehr Druck machen, damit diese Lärmquelle möglichst minimiert wird.

Sie sehen, es ist ein ganzheitliches Thema. Ich finde es gut, dass sich dort Bürgerinitiativen einbringen, nicht nur in Zeuthen, sondern bundesweit, da dieses Thema selbstverständlich auch für das Ministerium für Infrastruktur, für mich ein sehr wichtiges ist. - Herzlichen Dank.

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Minister Vogelsänger. - Wir kommen zur **Frage 910** (Freigabe bzw. Sperrung von Bergbaufolgefächern), gestellt durch den Abgeordneten Dr. Hoffmann.

Dr. Hoffmann (fraktionslos):

Kurz vor Eröffnung der Saison im Lausitzer Seenland häufen sich Anfragen, wann damit zu rechnen sei, dass gesperrte Flächen, darunter einige mit aufwendig errichteten Radwegen, wieder für die öffentliche Nutzung freigegeben werden. Trotz der allgemein in der Lausitz anerkannten professionellen Arbeit der Bergbausanierer unter dem Dach der LMBV wächst nach neuesten Rutschungen bei Lohsa auch die Sorge um die Sicherheit der Touristen und um die Zukunft des Großprojektes Lausitzer Seenland.

Ich frage deshalb die Landesregierung: Auf Grundlage welcher Kriterien wird darüber entschieden, welche Flächen, Wege und Straßen in Bergbaufolgegebieten demnächst gesperrt oder auch wieder freigegeben werden können?

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Hoffmann. - Für das Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten wird Herr Minister Christoffers antworten.

Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten Christoffers:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter, in Zusammenhang mit den Rutschungen und Grundbruchereignissen in der Lausitz wurden seit Oktober 2010 durch die LMBV in Zusammenarbeit mit dem LBGA zusätzlich etwa 8 500 Hektar überwiegend land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen für die Öffentlichkeit gesperrt. Zusammen mit den bis dahin ohnehin unter Bergaufsicht stehenden Flächen in einer Größenordnung von ca. 12 800 Hektar vergrößerte sich die Sperrfläche auf insgesamt 21 300 Hektar.

Meine Damen und Herren, um das deutlich auch als zuständiger Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten zu sagen: Ich werde Sperrungen befürworten, unterstützen und einleiten, solange eine Gefahr für eine Region oder für Bürger besteht

oder nicht auszuschließen ist, unabhängig von sonstigen Folgen, die damit verbunden sein können.

Ursachen für diese überwiegend im Jahr 2010 zu beobachtenden Flächenvernässungen, Grundbrüche und Böschungsrutschungen waren nach derzeitigem Kenntnisstand die dreifach höheren Niederschlagsraten, die infolge der erhöhten Niederschläge auftretenden lokalen Wassersättigungen der oberen Bodenschichten und der weiter voranschreitende Grundwasseranstieg im Sanierungsbereich sowie Schichtenwasser über sogenannte lokale Wasserstauer. Zusätzliche Flächensperrungen über das derzeitige Maß hinaus sind für 2012 gegenwärtig nicht erkennbar. Eine derartige Notwendigkeit bestünde nur dann, wenn sich die Bodentragfähigkeit aufgrund veränderter Randbedingungen - wie geringere Grundwasserflurabstände oder ein schneller als erwarteter Grundwasseranstieg - weiter verringern würde.

Die Entscheidung, welche Sperrbereiche eingerichtet oder aufgehoben werden können, richtet sich ausschließlich danach, ob die geotechnische Sicherheit gewährleistet werden kann oder nicht. Wie ich schon sagte: Im Zweifelsfall oder bei einem zu geringen Kenntnisstand wird die Flächensperrung vorsorglich durchgeführt.

Meine Damen und Herren, zusammen auch mit der LMBV unterliegt die Bewertung möglicher Gefährdungen aus bergbaulicher Tätigkeit nach Auswertung der geotechnisch relevanten Randbedingungen den Sachverständigen für Böschungen und Geotechnik. Wir haben mehrere Ingenieurbüros und weitere Akteure einbezogen, um hier eine umfassende Bewertungsskala zu garantieren.

Neben der Aktualisierung des Kenntnisstands zu den einzelnen Sperrbereichen wird bis Ende Monat März 2012 eine Kategorisierung der Sperrbereichsflächen durch die LMBV erarbeitet. Ziel dieser Arbeit ist die Erstellung einer zeitlichen Übersicht zur möglichen Aufhebung der Sperrung vorsorglich gesperrter Flächen sowie die Feststellung und Terminierung weiterer erforderlicher Sicherungsmaßnahmen. Darüber hinaus wird in der jetzigen Überarbeitungsetappe geprüft, ob durch die Bestimmung eines mathematisch ermittelten sogenannten Gefährdungsfaktors der jeweilige punktgenaue Gefährdungsgrad vorsorglich gesperrter Bereiche hinsichtlich des Grundgeländebruchverhaltens dargestellt werden kann.

Meine Damen und Herren, auch in diesem Bereich wird damit ein Stück weit geologisches Neuland betreten; das muss man so deutlich sagen. Wir sollten nie vergessen: Die Sanierung in der Lausitz ist ein weltweit einmaliges Beispiel dafür, wie eine Braunkohlelandschaft rekultiviert wird, mit allen Unwägbarkeiten, die damit im Zusammenhang stehen. Eine Gefährdung des Großprojekts Lausitzer Seenland ist derzeit ausgeschlossen.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Minister Christoffers. - Ich sehe keinen Nachfragebedarf. Wir kommen zur für heute letzten Frage in der Fragestunde. Es ist **Frage 911** (Umweltbelastung durch das Mülllager in Neuendorf [Amt Niemegek]), gestellt vom Abgeordneten Büchel von der Fraktion DIE LINKE. Bitte, Herr Büchel, Sie haben das Wort.

Büchel (DIE LINKE):

Nach Auskunft des Amtsdirektors von Niemegek in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz am 29. Februar wurden - abweichend von bisherigen Erkenntnissen - aktuell Umweltbelastungen festgestellt, die von dem abgebrannten Mülllager in Neuendorf ausgehen.

Daher frage ich die Landesregierung: Welche Erkenntnisse liegen zur Belastung des Grundwassers oder des Bodens im Umfeld des Mülllagers Neuendorf vor?

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. - Für das MUGV antwortet wiederum Frau Ministerin Tack.

Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vielen Dank für die Frage; ich kann ergänzend zur Ausschusssitzung einige Informationen geben. - Zur Situationsbeschreibung muss ich ein wenig ausholen: Auf dem Gelände der ehemaligen Kartoffelsortieranlage in Neuendorf wurde im Zeitraum von 1999 bis 2002 - liebe Kollegen! - eine Abfallsortieranlage betrieben, und durch unsachgemäßen Betrieb wurden diverse Abfallhaufwerke angelegt.

(Glocke der Präsidentin)

- Genau! Vielen Dank.

Im Jahre 2008 gab die Abteilung Wasser- und Bodenschutz unseres Umweltministeriums ein Fachgutachten zur Klärung der Grundwassersituation und zu einer Gefahrenabschätzung in Auftrag. Im Grundwasser wurden geringe Schwermetallkonzentrationen nachgewiesen, die jedoch die Geringfügigkeitsschwellen der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft bzw. deren Kennziffern nicht überschreiten. Dementsprechend wurde durch den Gutachter für den Pfad Boden - Grundwasser keine akute Gefahr abgeleitet, jedoch ein Grundwassermonitoring empfohlen. Da die ehemalige Abfallsortieranlage eine Umzäunung aufwies, wurde gutachterlicherseits keine akute Gefahr für den Pfad Boden - Mensch, also keine Beeinträchtigung nachgewiesen.

Nach dem Brand im November des vergangenen Jahres wurden durch die Untere Bodenschutzbehörde des Landkreises Potsdam-Mittelmark Bodenuntersuchungen und Oberflächenwasserproben in Auftrag gegeben. Die Bewertung der Bodenproben zeigt für die untersuchten Parameter - darunter Dioxine, Schwermetalle, Chloride, Sulfate und viele andere mehr - keine Überschreitung von Grenzwerten. Die Untersuchungen des abgelaufenen Löschwassers wiesen Belastungen mit Schwermetallen und Mineralölkohlenwasserstoffen nach.

Um die Auswirkung des Brandes, aber auch der Sickerwasserwirkung auf das Grundwasser festzustellen, wurden alle drei Grundwassermessstellen im Januar und Februar dieses Jahres durch den Landkreis erneut beprobt. Für das Grundwasser im Abstrombereich der ehemaligen Abfallsortieranlage in Neuendorf wurden für die Parameter Arsen, Kadmium, Nitrit und Sulfat Überschreitungen der Geringfügigkeitsschwellen nachgewiesen. Damit liegt eine anthropogene Grundwasserbe-